



Frankreich und der Libyen-Konflikt Französische Interessen an der Militär-Intervention

von Lisa Sturm

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Libyen – ein Land im ewigen Bürgerkrieg..... | 2 |
| Politisches Verhalten der französischen Regierung vor der Intervention..... | 2 |
| Militärische Beteiligung Frankreichs an der Libyen - Intervention | 2 |
| Krieg für Menschenrechte?..... | 4 |
| Frankreich und das libysche Erdöl | 5 |
| Der CFA-Franc – Profitreiches Überbleibsel der Kolonialzeit..... | 6 |
| „Sarkozys war“ | 8 |
| Das Beweisen politischer und diplomatischer Handlungsfähigkeit | 9 |
| Militärischer Prestigegewinn | 9 |
| Eine französische Hauptmotivation? | 9 |
| Frankreichs Verhalten nach dem Tod Gaddafis | 10 |
| Einflussnahme durch französische Waffen in Libyen nach der Intervention | 11 |
| Fazit: Die „erfolgreiche“ Mission..... | 12 |

Libyen – ein Land im ewigen Bürgerkrieg

Vor gut neun Jahren, im Februar 2011, begannen im Zuge einer Protestwelle, welche sich in nahezu allen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas ausbreitete, auch in Libyen Proteste. Anders als in den meisten anderen Ländern wandelten sich diese binnen weniger Tage zu einem gewaltsamen Bürgerkrieg, woraufhin bereits im März 2011 sehr schnell und fasst überstürzt eine Intervention der NATO, maßgeblich vorangetrieben durch Frankreich, in Libyen folgte. Der NATO-Einsatz gipfelt im Oktober 2011 im Tod von Libyens 40-jährigem Herrscher Muammar al-Gaddafi, woraufhin er wenige Tage später endete¹, ansonsten aber hat die NATO-Intervention in Libyen einen Trümmerhaufen hinterlassen. Ein Friedensprozess im Anschluss des Einsatzes ist gescheitert und seitdem ringen verschiedene Mächte in Libyen um politische Autorität. Der Krieg der letzten Jahre hat seine Spuren hinterlassen: Das Land liegt in Schutt und Asche, hunderttausende Menschen mussten aus ihrer Heimat fliehen, zehntausende verloren ihr Leben. Ein Ende des Bürgerkrieges ist nicht in Sicht.

Zunächst einmal sollte die Frage geklärt werden, inwiefern Frankreich eine Führungsrolle beim Vorantreiben der NATO-Intervention gespielt hat und wie sich dies auch am Verhalten Frankreichs im Laufe des Militär-Einsatzes erkennen lässt.

Politisches Verhalten der französischen Regierung vor der Intervention

Frankreich brachte zunächst in Koalition mit Großbritannien, Deutschland und den USA den Entwurf der Resolution 1970 in den UN-Sicherheitsrat ein, welche am 26. Februar 2011 verabschiedet wurde – aus französischer Sicht ein diplomatischer Erfolg. Ferner positionierte sich Frankreich - wie bereits erwähnt - sehr früh gezielt an der Seite eines Akteurs in Libyen. Schon am 10. März 2011 erkannte es als erstes westliches Land den wenige Wochen zuvor gegründeten Nationalen Übergangsrat der Rebellen als „einzige Vertretung Libyens“² an. Dieser Schritt Frankreichs wurde damals auf internationaler Ebene als vorschnell kritisiert³, unter anderem, weil zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar war, wer diesem Rat genau angehört und welche Agenda er im Detail verfolgt. Der damalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle kritisierte seinerzeit: „Bevor man solche politischen Schritte unternimmt, muss man natürlich auch erst einmal wissen, mit wem man es zu tun hat.“⁴ Durch dieses „Vorsprechen“ konnte Frankreich den Druck auf westliche Partner sowie die EU erhöhen, sich zeitnah ebenfalls politisch zu positionieren. Jener Schritt Frankreichs verdeutlichte des Weiteren erneut, wie sehr der französischen Regierung daran gelegen war, die libysche Regierung unter Gaddafi möglichst schnell zu ersetzen. Wäre es Frankreich allein um die Gewährleistung der Menschenrechte in Libyen gegangen, hätte die französische Regierung den Rebellenrat nicht mit so einer Schnelligkeit und Entschiedenheit anerkennen müssen. Dies zu tun, auch wenn es möglicherweise verfrüht war, war für Frankreich also ein wichtiges Mittel, sich auch politisch für eine alternative „Regierung“ zu jener Gaddafis einzusetzen - und damit die eigenen Ziele schneller durchzusetzen. Auch im weiteren Verlauf des Konfliktes stellte sich Frankreich immer wieder mit Nachdruck hinter diesen Rat und versuchte die politische Anerkennung von diesem durch die internationale Staatengemeinschaft voranzutreiben.

Zeitgleich mit der Anerkennung am 10. März 2011 drängte Frankreich die EU und die NATO zu einer Militärintervention, was diese jedoch ablehnten. Daraufhin legte Frankreich dem UN-Sicherheitsrat in Koalition mit Großbritannien und dem Libanon

erneut eine Resolution vor, in welcher die Umsetzung der Flugverbotszone über Libyen thematisiert wird. Jener Entwurf wurde dann als UN-Resolution 1973 am 17. März 2011 verabschiedet, wodurch von einer Koalition, zu welcher auch Frankreich gehörte, zunächst unter Führung der USA, am 19. März 2011 der Militäreinsatz in Libyen begann.

Es ist also festzustellen, dass sich Frankreich schon sehr früh ausdrücklich für eine militärische Intervention in Libyen einsetzte und mehrere Versuche unternahm, dies politisch durchzusetzen. Durch das Vorantreiben der zwei UN-Resolutionen gelang es Frankreich, eine Scheinlegitimation für eine Militärintervention in Libyen zu erreichen.

Neben den UN-Resolutionen unternahm Frankreich weitere politische und diplomatische Maßnahmen, um am Verlauf des Libyen-Konfliktes einflussreich mitwirken zu können. So richtete die französische Regierung Ende März 2011 die sogenannte „Libyen-Kontaktgruppe“ ein, durch welche Frankreich mehr Einfluss auf richtungsweisende Entscheidungen beim NATO-Einsatz hatte, als dies normal im Nordatlantikkartat möglich gewesen wäre. Dadurch beteiligte Frankreich sich stark an der politischen Führung der NATO-Operation „Unified Protector“⁵ und sicherte sich somit seine zentrale politische Rolle im Libyen-Konflikt. Generell kann festgestellt werden, dass Frankreich hinsichtlich des politischen und diplomatischen Managements dieses Konfliktes nicht nur Mitwirkender an einer US-amerikanischen Operation war, sondern viel mehr eine äquivalente Führungskraft neben den USA. Frankreich selbst stellte seine Rolle im Libyen-Einsatz allerdings oftmals überhöht dar und hob sich – nicht die USA – als die führende westliche Partei hervor.⁶

Militärische Beteiligung Frankreichs an der Libyen - Intervention

Bereits zwei Tage nach Verabschiedung der UN-Resolution 1973 hat Präsident Sarkozy zu einem Gipfeltreffen nach Paris eingeladen, bei welchem Vertreter der EU, der NATO und der Arabischen Liga über eine Militärintervention und das Vorgehen gegen das libysche Regime berieten. In der dort verabschiedeten Deklaration heißt es: „Unsere Verpflichtung ist eine auf lange Sicht. Wir werden es Oberst Gaddafi und seinem Regime nicht gestatten, den Willen der internationalen Gemeinschaft zu missachten und den seines Volkes zu verhöhnen.“⁷ Noch am Nachmittag des 19. März 2011 flog Frankreich als erstes Land Luftangriffe auf Libyen und startete damit den internationalen Militäreinsatz. Dabei war es seitens der französischen Regierung bewusst gewählt, den Beginn des Militär-Einsatzes durch den ersten Luftangriff zu markieren. Dies war ein weiteres Zeichen, welches die französische militärische Führungsrolle in diesem Konflikt verdeutlichen sollte. Zudem konnte der Luftangriff sehr große politische wie mediale Wirkung erzielen, indem er zuvor auf dem Gipfeltreffen angekündigt wurde. All dies geschah vor dem Hintergrund der vermeintlich angekündigten Blutbads in Bengasi, wodurch die Dringlichkeit des militärischen Eingreifens gerechtfertigt wurde.

Da zunächst der Konsens der NATO-Mitglieder fehlte, wurde der Militär-Einsatz in Libyen zu Beginn durch nationale Operationen von Ländern einer Koalition durchgeführt, welche von Frankreich, den USA und Großbritannien angeführt wurde. Allerdings übernahm die NATO schnell immer mehr Kommandoaufgaben, wie die Kontrolle der Flugverbotszone, wobei somit schnell eine NATO-geführte Operation ins Spiel kam. Frankreich blieb vorerst seiner traditionell distanzierten Haltung gegenüber der NATO treu und plädierte in den ersten Tagen der Operationen ganz klar für eine Koalition der Willigen anstelle einer durch die



NATO-Operation Unified Protector: Zahlen & Fakten

| | |
|-----------------------------|---|
| Dauer: | 31. März 2011 bis 31. Oktober 2011 |
| Militärische Stärke: | 8.000 Truppen (Maximum) 260 Kampfflugzeuge 21 Kampfschiffe |
| Lufteinsätze: | 26.500, 9700 Bombardierungen |

Quelle: NATO: Operation UNIFIED PROTECTOR.
Final Mission Stats, 02 November 2011

NATO geführten Operation. Am 24. März 2011 fiel schließlich doch die Entscheidung, die Führung der Operation an die NATO zu übergeben und die Operationen der einzelnen Verbündeten dieser unterzuordnen. Die Verbündeten Großbritannien, USA und Italien übten stetig größeren Druck auf Frankreich aus, jenen Plänen einer NATO-Mission zuzustimmen. Italien drohte dabei, „die Unterstützung von Flugzeugen der Koalition auf ihren Luftstützpunkten zu beenden und seinen Luftraum zu schließen“⁸, solle eine NATO-Mission nicht zu Stande kommen. Schließlich stimmte auch Frankreich dieser Mission zu, allerdings recht widerwillig und unter Vorbehalt. Die französische Regierung bestand zudem darauf, dass die Libyen-Kontaktgruppe die primäre Plattform für politische Diskussionen und Entscheidungen bleibe.⁹ Am 31. März 2011 wurden die nationalen Operationen wie die US-amerikanische „Operation Odyssey Dawn“ offiziell beendet und die Führung des Militär-Einsatzes, welcher seitdem unter dem Namen „Operation Unified Protector“ lief, wurde an die NATO übergeben. Im weiteren Verlauf der Intervention in Libyen spielte das französische Militär eine maßgebliche Rolle. Frankreich führt als Beitrag zur internationalen Militärintervention „Operation Unified Protector“ die „Opération Harmattan“ durch, die größte Operation der französischen Air Force und Navy seit dem Einsatz im Kosovo 1989/99. In Zahlen gesprochen umfasste jene Operation personell bis zu 4300 Soldat*innen und im Höhepunkt des Konfliktes über 40 Kampfflugzeuge, 30 Helikopter und 12 Schiffe.¹⁰ Aus finanzieller Sicht wurden von Frankreich insgesamt ca. 450 Millionen Euro für die „Opération Harmattan“¹¹ in Libyen ausgegeben, die beigesteuerte Ausrüstung und das Personal hatten einen Wert von täglich einer Millionen Euro. Insgesamt gingen 25% der Luftsätze, 35% der Offensiven und 20% der Militärschläge der NATO-Operation von Frankreich aus.¹² Es gelang Frankreich im Zuge dieser Operation allerdings nicht wie geplant, seine militärische Führungsrolle bei einem internationalen Einsatz zu beweisen. Frankreich war bei der Führung dieses Krieges von Anfang an finanziell und materiell von den USA abhängig, es war somit weit davon entfernt, diesen Einsatz auch nur ansatzweise militärisch anzuführen, geschweige denn ihn ganz alleine durchzuführen. Auch der damalige US-Außenminister Robert M. Gates kritisierte die

europäischen Partner noch während des Krieges am 10. Juni 2011 scharf: „Das mächtigste Bündnis aller Zeiten ist gerade mal seit elf Wochen gegen ein schlecht bewaffnetes Regime in einer wenig bevölkerten Region im Einsatz – und schon beginnt vielen Verbündeten die Munition auszugehen, so dass es wieder einmal erforderlich ist, dass die USA diese Differenz ausgleichen.“¹³ Konkret wurde Frankreich z.B. mit Drohnen und Marschflugkörpern von den USA unterstützt.¹⁴

Neben dem eigenen militärischen Einsatz wurden während der Intervention auch die Rebellen massiv mit Geldern und Waffen von Europa und den USA unterstützt. Auch Frankreich lieferte während des Militäreinsatzes Waffen an die libyschen Rebellenkämpfer, um diese im Kampf gegen Gaddafi zu unterstützen. Im Mai 2011 lieferte Frankreich, ohne Absprache mit den Verbündeten NATO-Mitgliedern und trotz des durch die UN verhängten Waffenembargos, Waffen an Rebellen, welche sich in einer militärischen Sackgasse befanden. Die Begründung Frankreichs zu dieser Lieferung war, es hätte „keinen anderen Weg“ gegeben.¹⁵ Faktisch hat Frankreich mit Waffenlieferungen dieser Art aber ganz klar das Kriegsgeschehen in Libyen weiter vorangetrieben, um die eigenen Interessen – vor allem die Absetzung Gaddafis - durchzusetzen. Diese Handlungen durch Frankreich und weitere Länder widersprachen auch dem geltenden Völkerrecht, nach welchem sich die NATO bei einem nicht-internationalen Konflikt nicht offen militärisch an die Seite einer Partei stellen darf.¹⁶ Selbst wenn dies dadurch begründet wird, dies wäre die einzige Möglichkeit gewesen, den Schutz der Menschenrechte in Libyen durchzusetzen, ist dies nicht haltbar. So gab es Verhandlungs- und Vermittlungsangebote der Arabischen Liga, der Afrikanischen Union und der Türkei, welche von Gaddafi angenommen, von den Aufständischen und der NATO allerdings abgelehnt wurden.¹⁷ Das Vorantreiben des Kriegsgeschehens durch die gezielte Unterstützung der Rebellen während des Libyen-Konflikts ist also ein weiterer Faktor, durch welchen der angebliche Menschenrechtsidealismus Frankreichs und der internationalen Staatenwelt unglaubwürdig wird und aufzeigt, dass dies nur der vorgeschoben Grund für das militärische Handeln in Libyen war.

Krieg für Menschenrechte?

Der offizielle Grund, welcher von Frankreich – wie auch von weiteren an der NATO-Intervention beteiligten Staaten - immer wieder außen- wie innenpolitisch als angebliche Hauptmotivation kommuniziert wurde, in Libyen intervenieren zu wollen, war folgender: Die Wiederherstellung und Sicherung der Menschenrechte, zum Wohle der libyschen Bevölkerung. So sagte Präsident Nicolas Sarkozy in einer Fernsehansprache aus dem Elysée-Palast am 19. März 2011: „In Libyen ist eine friedliche Zivilbevölkerung in Lebensgefahr, die lediglich ihr Recht beansprucht, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden. Wir haben die Pflicht, auf ihren angsterfüllten Hilferuf zu reagieren.“¹⁸

Während der Proteste in Libyen traten laut Amnesty International immer wieder wahllose Gewaltangriffe gegen Zivilpersonen, willkürliche Verhaftungen, Folter, Hinrichtungen und Vertreibungen durch Gaddafis Sicherheitskräfte auf.¹⁹ Es muss auch gesagt werden, dass die von dem Regime ausgehende Gewalt gegen Protestierende die Reaktion auf zunehmend gewaltvolle Ausschreitungen während der Proteste in mehreren Städten war. Alan Kuperman, Professor an der Universität von Texas, schreibt dazu zum Beispiel: „Am 21. Februar [2011] in Misurata attackierten Protestierende die Polizei und Armee-Stützpunkte und ergriffen Waffen aus diesen, was eine Spirale der Gewalt auslöste.“²⁰ Auch unterscheiden sich die tatsächlichen Opferzahlen stark von den Szenarien, welche in den westlichen Medien aufgezeigt wurden. Während diese zum Beispiel von über 2000 Toten allein in Bengasi in den ersten Tagen der Aufstände berichteten, dokumentierte Human Rights Watch „gerade mal 233 Tote in ganz Libyen in dieser Zeit.“²¹

Dies alles soll keineswegs die brutale Gewalt Gaddafis gegen die Zivilbevölkerung während der Proteste und weitere verübte Menschenrechtsverletzungen, welche seiner Regierung vorzuwerfen sind, rechtfertigen oder relativieren. Allerdings werfen jene Umstände durchaus ein kritisches Licht auf westliche Berichterstattungen zu den Geschehnissen.

Auch muss man sich Folgendes fragen: Wenn es tatsächlich darum ging, gegen Menschenrechtsverletzungen in Libyen vorzugehen, weshalb ignorierte man dann kategorisch jene, welche durch die Rebellen verübt wurden? Aus einer Mail vom 27. März 2011 von Sidney Blumenthal an Hillary Clinton, geht hervor: „Unter strikter Wahrung seiner Anonymität gab ein Rebellenkommandeur an, dass seine Truppen weiter summarische Hinrichtungen aller ausländischen Söldner durchführen, die bei den Kämpfen gefangen genommen werden.“²² Hierbei handelte es sich um schwere Menschenrechtsverletzungen, welche von jenen Rebellen begangen wurden, die der Westen offen unterstützte. Aus dieser Mail kann geschlossen werden, dass dem Westen jene Menschenrechtsverletzungen durchaus genau bekannt waren, diese aber gekonnt ignoriert wurden, wobei man auch an dieser Stelle wohl nicht davon ausgegangen war, dass jene streng vertrauliche Mail jemals an die Öffentlichkeit geraten würde. Dies zeigt aber sehr deutlich, welche Ziele westliche Staaten in Libyen tatsächlich verfolgten, nämlich keineswegs den Schutz der Menschenrechte, wie dies dargestellt wurde, sondern lediglich die Absetzung Gaddafis auf Grund eigener Interessen.

Auch aus Äußerungen der französischen Regierung lässt sich ableiten, dass der angestrebte regime change von Beginn an das selbst erklärte Hauptziel Frankreichs beim NATO-Einsatz war.

Der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy betonte



Kriegszerstörung in Tripolis. Quelle: FunkMonk / CC BY

RELEASE
IN PART B6

From: H <hrod17@clintonemail.com>
Sent: Monday, April 4, 2011 8:41 PM
To: 'JilotyLC@state.gov'
Subject: Fw: H: France's client & Q's gold. Sid
Attachments: hrc memo France's client & Q's gold 040211.docx

Pls print.

From: sbwhoeop [redacted]
Sent: Saturday, April 02, 2011 10:43 PM
To: H
Subject: H: France's client & Q's gold. Sid

Auszug aus einer der geleakten Clinton-Mails. Quelle: <https://foia.state.gov/search/results.aspx>

immer wieder, er sehe erst dann eine Chance auf eine Verbesserung der humanitären Lage in Libyen als gewährleistet, wenn Gaddafi gestürzt wird. Am 9. März 2011 gab er in einer Fernsehansprache bekannt, dass „Oberst Gaddafi die Macht unverzüglich abgeben muss.“²³ Mitte April 2011 wurde von Sarkozy, dem damaligen britischen Premierminister David Cameron und dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama eine Erklärung abgegeben, welche als Hauptziel des Einsatzes in Libyen den Sturz des Gaddafi-Regimes festsetzt: Es sei „unmöglich, sich eine Zukunft für Libyen mit Gaddafi an der Macht vorzustellen.“²⁴ Offiziell wurde der Sturz Gaddafis nie als Ziel der NATO-Intervention festgesetzt, was darauf schließen lässt, dass Frankreich sein militärisches Vorgehen im Libyen-Konflikt durchaus auf Grund eigenen, willkürlichen Ermessens beschlossen hat.

Auf Grund des Verhaltens Frankreichs vor und während der Intervention kann also davon ausgegangen werden, dass das Motiv der französischen Regierung, die Intervention in Libyen voranzutreiben, nicht die Gewährleistung der Menschenrechte war. Schnell wird klar, dass die Motive deutlich komplexer waren, als die vorgeschobene Sorge um die libysche Bevölkerung. Auch zeigt sich, dass Frankreich mit dem Abschluss des „erfolgreichen“ Einsatzes in Libyen - das festgesetzte Hauptziel, Gaddafi zu stürzen, ist immerhin gelungen - nicht das Interesse an dem nordafrikanischen Staat verloren hat. Im Gegenteil, dass Frankreich bis heute stark in Libyen involviert ist, zeigt, dass es der französischen Regierung nicht allein um die Wahrung der Menschenrechte gegangen sein kann, sondern sie auch Interessen an Libyen hat, welche weit in die Zukunft reichen.

Im Folgenden werde ich daher die tatsächlichen französischen Motive für jene Intervention untersuchen und dabei anhand des weiteren Verlaufs des Libyen-Konfliktes betrachten, inwiefern diese Interessen plausibel sind und ob sie ferner durchgesetzt werden konnten. Als Primärquelle, in welcher unter anderem über Motive der französischen Regierung, diese Intervention voranzutreiben, gesprochen wird, dient eine Mail von Sidney Blumenthal, einem der engsten Berater der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton. Blumenthal geht in dieser Mail an Clinton vom 02.04.2011 wiederholt auf Frankreichs Interessen im Libyen-Konflikt ein:

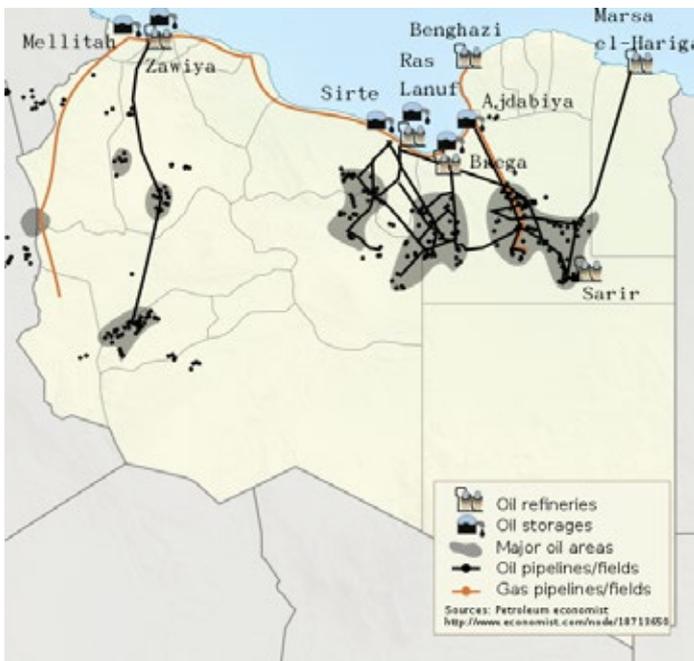
„Nach Angaben dieser Individuen, werden Sarkozys Pläne von folgenden Faktoren beeinflusst:

1. Den Wunsch einen größeren Anteil an der libyschen Ölproduktion zu erhalten,
2. Den französischen Einfluss in Nordafrika auszuweiten,
3. Die innere politische Lage in Frankreich zu verbessern,
4. Dem französischen Militär die Möglichkeit zu bieten, seiner Position in der Welt wieder Geltung zu verschaffen,
5. Die Sorgen seiner Berater über Gaddafis langfristige Pläne, Frankreich als dominierende Macht im frankophonen Afrika abzulösen zu adressieren.“²⁵

Jene Mail war vertraulich und damit ursprünglich nicht dazu gedacht, an die Öffentlichkeit zu gelangen – dies geschah erst im Zuge der geleakten Clinton-Mails 2016 –, man kann also davon ausgehen, dass sie eine sehr sichere und exklusive Quelle darstellt.

Frankreich und das libysche Erdöl

Wirtschaftlich haben Frankreich und Libyen eine starke Bindung, welche auf mehreren Punkten beruht. Frankreich profitiert vor allem vom bedeutendsten Exportgut Libyens: dem Erdöl. Etwa 10% von diesem gingen 2018 an Frankreich²⁶ und auch für ganz Europa ist das libysche Öl von hoher Wichtigkeit, da es im Jahr 2019 ca. 6% der europäischen Erdölimporte ausmacht.²⁷ Frankreichs Konzern „Total“ - das viertgrößte Erdölunternehmen der Welt und das größte Unternehmen Frankreichs - liefert sich dabei mit dem italienischen Förderkonzern „Eni“, welcher lange Zeit eine Monopolstellung im Erdölgeschäft Libyens hatte, in den letzten Jahren zunehmend einen Kampf um Marktanteile und Zugänge zum libyschen Öl. Total fördert bereits seit über 60 Jahren Erdöl in Libyen²⁸ und auch in zahlreichen anderen afrikanischen Staaten gehört es zu den führenden Erdölförderern. Dabei setzt die französische Regierung viel daran, gute diplomatische Beziehungen zu afrikanischen Diktaturen aufzubauen, um die eigenen Wirtschaftsinteressen zu sichern. Dies könnte durchaus auch der Grund sein, weshalb sich Sarkozy jahrelang um diplomatische Annäherungen mit Gaddafi bemühte, diesen immer wieder öffentlichkeitswirksam in Paris empfing und zu



Ölfelder in Libyen. Quelle: NordNordWest, Yug, CC BY-SA 3.0

ihm – bis zu Beginn des Arabischen Frühlings – eine scheinbar gute Beziehung pflegte. Unter anderem, weil „die libysche Regierung [...] Lizenzen an die ausländischen Konzerne nach einem System namens EPSA-4 [Exploration and Production Sharing Agreements] [...]“ vergab. Jene Verträge hatten die „härtesten Bedingungen der Welt“²⁹, es liegt also nahe, dass Sarkozy zu erwirken versuchte, privilegiert behandelt zu werden. Die kursierenden Gerüchte, Sarkozy hätte sich seinen Wahlkampf von Gaddafi finanzieren lassen, zeigen in jedem Fall, dass die französisch-libysche Beziehung mehr war, als eine normale Handelsbeziehung.

Frankreich hat also schon jahrelange große Profite mit dem libyschen Öl gemacht. Des Weiteren wird schon länger vermutet, dass mindestens 2/3 des libyschen Öls noch unentdeckt sind.³⁰ Sicher ist wohl, dass in Libyen die größten Erdölvorkommen Afrikas liegen. Somit war Libyen für Frankreich energiepolitisch wie ökonomisch nicht nur die letzten Jahre äußerst wichtig, sondern könnte auch in Zukunft noch enorme Gewinne bringen. Dies alles deutet auf folgenden Zusammenhang hin: Frankreich trieb eine Intervention in Libyen auch an, um den eigenen Einfluss auf die Ölproduktion des Landes zu vergrößern und verfolgt dieses Ziel bis heute.

Auch in den geleakten Mails der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton aus dem Jahr 2011 wird diese Vermutung bestätigt. So schrieb Clintons Berater Sidney Blumenthal in einer Mail vom 2. April 2011, dass Frankreichs schnelle Entscheidung, eine Intervention in Libyen pro-aktiv voranzutreiben, mitunter auf wirtschaftlichen Interessen beruhte. In jener Mail wird Folgendes festgestellt: „Nach Angaben dieser Individuen, werden Sarkozys Pläne von folgenden Faktoren beeinflusst:

1. Den Wunsch einen größeren Anteil an der libyschen Ölproduktion zu erhalten [...]“³¹

Wie gesagt, jene Mails waren wohl nicht dazu bestimmt, an die Öffentlichkeit zu gelangen und dienen somit als sehr zuverlässige Quelle, in welcher französische Interessen an der Libyen-Intervention dargestellt werden. Sie bestätigt also, dass sich Frankreich von der Intervention in Libyen mehr Einfluss und Macht über das libysche Ölgeschäft versprach.

Vor dem Hintergrund dessen bleibt trotz allem offen, weshalb Frankreich sich mit einer solchen Schnelligkeit dazu entschieden hat, für eine Intervention in Libyen zu plädieren. Denn war es zwingend nötig, einen regime change in Libyen voran-

zutreiben, um den eigenen Anteil am Erdölgeschäft zu vergrößern? Die staatliche libysche Ölfirma (NOC) behielt mit dem EPSA-4-System ca. 90% des geförderten Öls in Libyen, was die Wirtschaftsbedingungen für ausländische Konzerne durchaus schwer machte und die Profite dieser minimierte. Diese strengen Bedingungen gingen maßgeblich von Gaddafi aus, was vermuten lässt, dass das Interesse der westlichen Konzerne und Regierungen groß war, Gaddafi durch eine dem Westen - mit samt seinen Wirtschaftsinteressen - geneigtere und schwächere Regierung auszutauschen. Trotzdem könnte man vermuten, dass ein regime change, zumindest für kurze Zeit, zu politischer und damit verbunden auch wirtschaftlicher Instabilität führt, was wenig Verbesserung für die Durchsetzung westlicher Wirtschaftsinteressen bringen würde. Rückblickend kann festgestellt werden, dass genau diese Instabilität nun schon seit Jahren in Libyen vorherrschend ist. Wurde die Situation in Libyen von Frankreich und dem Westen generell also schlichtweg fehlerhaft eingeschätzt? Womöglich könnte von Seiten Frankreichs davon ausgegangen worden sein, dass es in Libyen nach der Intervention und dem Sturz Gaddafis schnell zu einem Prozess des politischen Wiederaufbaus kommt, der zumindest so weit reicht, dass die nötige Stabilität für eine funktionierende oder gar prosperierende Wirtschaft gesichert ist. Oder spielten die Erdölinteressen doch nur eine untergeordnete Rolle?

Der CFA-Franc – Profitreiches Überbleibsel der Kolonialzeit

In jener Frage, weshalb Frankreich sich so schnell und vehement für einen Militär-Einsatz in Libyen einsetzte, kann vielleicht auch ein anderer Punkt aufschlussreich sein, welcher ebenso in der bereits oben erwähnten Mail Blumenthals an Clinton angesprochen wird: Der CFA-Franc. Interessen Frankreichs an einer Intervention in Libyen, welche mit dem CFA-Franc zu verbinden sind, stehen vordergründig nur bedingt mit Libyen selbst im Zusammenhang. Vielmehr beruhen sie auf der historischen Verbindung von Frankreich mit Nord-Westafrika. Jene „Beziehungen“ bestehen seit der Kolonisierung Afrikas durch unter anderem Frankreich, welche im Jahr 1830 ihren Anfang nahm und wodurch Frankreich innerhalb von ca. 90 Jahren nach und nach die gesamte Sahara-Region und Nordafrika kontrollierte.

Mit Beginn der Kolonialzeit gehörten mehr und mehr Länder in Afrika zum Kolonialreich Frankreichs und wurden damit auch strukturell, wirtschaftlich, politisch und kulturell an Frankreich gebunden. Dieses ausbeuterische Abhängigkeitsverhältnis hält sich in den meisten der frankophonen Staaten bis heute und äußert sich unter anderem wirtschaftlich durch die sogenannte „CFA-Franc-Zone“. Jene Zone beschreibt dabei genauer eine Währungsunion von Staaten, welche sich größtenteils durch ihre ehemalige Zugehörigkeit zur „Union française“ auszeichnen. Die CFA-Franc-Zone besteht in ihrer heutigen Form seit 1945 und wurde trotz der formellen Unabhängigkeit der zur der Zone gehörigen Staaten, welche in den 1950er Jahren begann, als Währungsunion beibehalten. Die Union besteht aus dem „Franc de la Coopération Financière en Afrique Central“, welchem sechs zentralafrikanischer Länder angehören, und dem „Franc de la Communauté Financière d’Afrique Central“, welchem acht westafrikanische Länder umfasst.

Um zu verdeutlichen, welches Kontrollinstrument der CFA-Franc für Frankreich tatsächlich verkörpert: Der CFA-Franc ermöglicht, dass der ungehinderte Kapitalverkehr zwischen dem Raum, in welchem der französische Franc (bzw. heute Euro) vorherrschend ist, und jenen Staaten, welche den CFA-Franc als Währung besitzen, auch nach der Dekolonialisierung weiter

stattfinden kann. Zudem ist der CFA-Franc durch einen festen Wechselkurs an den Euro gebunden und frei in diesen konvertibel. Darüber hinaus hat die französische Zentralbank Befugnisse, ohne Konsultation der betroffenen afrikanischen Partner über die Parität des CFA-Franc zu entscheiden. Jene Befugnisse sind trotz der Einführung der Euro-Zone erhalten geblieben, die Zentralbank Frankreichs hat weitestgehend Autonomie und muss die Europäische Zentralbank lediglich von Änderungen unterrichten. Dies erlaubt es Paris bis heute zu entscheiden, welchen Wert die Währung von 14 afrikanischen Staaten besitzen soll, so ist zum Beispiel eine Abwertung ohne größere Umstände möglich. Die französische Geldpolitik in den zur CFA-Franc-Zone gehörigen Staaten sorgt zwar für eine gewisse Preisstabilität, was für Frankreich von großem Interesse ist, ist aber vor allem ein Überbleibsel des Kolonialismus, von welchem Frankreich noch immer wirtschaftlich profitiert.

Was der CFA-Franc genau für die afrikanischen Staaten bedeutet, in welchen er vorherrschend ist, und in wie weit dort noch heute postkoloniale Strukturen durch Europa, vor allem aber auch durch Frankreich, aufrecht erhalten werden, thematisiert der senegalesische Entwicklungsökonom Ndongo Samba Sylla in einem Interview bei „Money on the Left“, einem Podcast des „Modern Money Network’s Humanities Division“, welches am 24. Juli 2019 bei der Webseite „Africa is a country“ veröffentlicht wurde. Laut ihm sei der CFA-Franc eine Währung, welche „allein für kolonialistische Zwecke“³² eingeführt worden wäre, nämlich um eine einheitliche Währung in den Kolonien zu etablieren und somit Transaktionen leichter zu machen. Für die betroffenen Regionen Afrikas hat die Einführung des CFA-Franc laut Sylla allerdings bedeutet, dass die „vorhandenen ökonomischen Strukturen zerstört“³³ worden seien und das Abhängigkeitsverhältnis von einer europäisch diktierten Fiskal- und Wirtschaftspolitik geboren sei. Mit dem Prozess der Dekolonisierung wurden von Frankreich die Bedingungen an die betroffenen afrikanischen Staaten gestellt, für mehr Freiheit und Unabhängigkeit im Gegenzug auch gewissen Vereinbarungen zuzustimmen. Jene „sichern Frankreich in vielen Bereichen Monopolrechte zu“³⁴, z.B. im Bezug auf Rohstoffe, die Währungspolitik und militärische Kräfte. So hat Frankreich auch privilegierten Zugang zu wichtigen Rohstoffen wie Erdöl, Gas und Kohle, aber auch Uran und Gold, welche es auf den Märkten vieler afrikanischer Staaten weit unter dem Weltmarktpreis erhalten kann (siehe Kasten). Durch diese „Kooperationsabkommen“³⁵ stellte die französische Regierung sicher, dass trotz der Dekolonialisierung, welche ab einem gewissen Punkt unumgänglich war, der französische Wirtschaftseinfluss und der CFA-Franc in den frankophonen Staaten bestehen bleiben konnte. Zudem bieten jene erzwungenen „Verträge“ sowie die Bindung des CFA-Franc an den Euro noch heute die Möglichkeit, dass französische Unternehmen - mit oftmals kriminellen Praktiken - eine Monopolstellung in der Franc-Zone innehaben können. Vorteile, welche eine gemeinsame Währung mit sich bringen könnte, sind für die afrikanischen Staaten in der CFA-Franc-Zone nicht gegeben: Der Handel unter den Mitgliedern dieser Union ist durch Zollschranken erschwert, die der Union angehörigen Staaten betreiben nur 12% ihres Handels untereinander – zum Vergleich, in der EU sind es 60%.³⁶ Es gibt also keinen funktionierenden gemeinsamen Markt und keine politische Union, welche die CFA-Franc-Zone verbindet.³⁷

Man kann damit in jeder Hinsicht feststellen, dass in den frankophonen Ländern Afrikas nur eine partielle Dekolonialisierung stattgefunden hat und dass Frankreich bis dato stark von den dortigen neokolonialen Strukturen profitiert. Frankreichs Interesse

ist also groß, jene postkolonialen Strukturen in den frankophonen Ländern Afrikas weiterhin aufrechtzuerhalten. Zwar wurde vom amtierenden französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem Präsidenten der Elfenbeinküste, Alassane Ouattara, im Dezember 2019 verkündet, der CFA-Franc in Westafrika werde ab Juli 2020 durch die neue Regionalwährung „Eco“ abgelöst. Damit müssen die westafrikanischen Länder nicht mehr, wie es zuvor der Fall war, die Hälfte ihrer Devisenreserven bei der französischen Zentralbank hinterlegen und Frankreich ist zudem nicht mehr Aufsichtsgremium der westafrikanischen Zentralbank vertreten. Ansonsten ist diese neue Währungsunion aber nur eine Umbenennung des CFA-Franc. Die Kopplung der neuen Währung an den Euro bleibt bestehen, womit die betroffenen Länder ihre Währung noch immer nicht selbst auf- oder abwerten können.³⁸ Der Eco ist also noch immer fremdbestimmt und beschränkt den ökonomischen Handlungsspielraum Westafrikas weiterhin massiv, die fehlende wirtschaftliche Souveränität besteht bis heute. Frankreichs Ziel ist es also weiterhin, seine wirtschaftliche Präsenz in den dazugehörigen Staaten zu erhalten. Die Entscheidung Frankreichs, diese „Reform“ des CFA-Franc zu unterstützen, wird auch gefallen sein, weil in den betroffenen Staaten in den letzten Jahren zunehmend Proteste laut wurden, welche das Ende des CFA-Franc forderten. Diese Entwicklung jetzt ist für viele ein Befreiungsakt von postkolonialen Fesseln, auch wenn dieser eher emotional ist, als dass er eine reale Veränderung der Lebensverhältnisse bringen wird.

Libyen selbst ist und war kein Mitglied der CFA-Franc-Zone, trotz alledem ist ersichtlich, weshalb jene auch in die französische Interessenlage im Libyen-Konflikt hineinspielt. Der libysche Staatschef Gaddafi hatte geplant, jene Währungsunion durch eine afrikanische Währungsunion ausnahmslos auszutauschen. Genauer beinhaltete dieses Projekt die Einführung einer afrikanischen Investitionsbank, eines Währungsfonds und einer Zentralbank. Mit diesem Projekt, so geht aus der Mail Blumenthals vom 2. April 2011 an Clinton hervor, wollte Gaddafi „eine pan-arabische Währung auf Basis des libyschen Gold-Dinar ins Leben [zu] rufen“³⁹ und hatte damit das Ziel, „den frankophonen Ländern eine Alternative zum CFA-Franc zur Verfügung zu stellen.“⁴⁰ Gaddafi wollte den CFA-Franc als Währung also komplett aus Afrika verdrängen – und damit auch den gesamten Einfluss Frankreichs auf die Währung zahlreicher Staaten und die daraus resultierenden Wirtschaftsvorteile. Dies wäre bedeutend weitreichender, als zum Beispiel die Einführung des Eco, da die Kopplung an den Euro somit nicht mehr bestehen würde.

Dieser Plan, so Blumenthal in seiner Mail, wurde von Frankreich kurz nach Beginn der Rebellion entdeckt und war einer der „Faktoren, die die Entscheidung des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy beeinflussten, Frankreich auf einen militärischen Angriff festzulegen.“⁴¹ Dies könnte also durchaus eine Antwort auf die Frage sein, weshalb Frankreich im Bezug auf eine Militärintervention so entschieden voranschritt. Fest steht, dass eine panafrikanische Währungsunion, wie Gaddafi sie im Sinn hatte, für Frankreich einen wirtschaftlichen Profitverlust und noch viel wichtiger, einen großen machtpolitischen Einfluss- und Kontrollverlust auf dem afrikanischen Kontinent bedeutet hätte. Zudem birgt eine neue Währungsunion auch die Gefährdung jener „Stabilität“ in der Region, man könnte sie auch als Sicherung der französischen Monopolstellung bezeichnen, für welche der CFA-Franc gesorgt hat. Die Vision Gaddafis einer panafrikanischen Währungsunion, der damit verbundenen wirtschaftlichen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien und aber auch des verstärkten Einflusses Libyens in Afrika, all das ist ein weiterer Hinweis dafür, dass es der französischen Regierung in

Beispiel Niger

Um zu verdeutlichen, welche enormen wirtschaftlichen Gewinne Frankreich durch Westafrika tatsächlich macht, kann der Niger als Beispiel genannt werden. Jener gehört zu den größten Uranlieferanten weltweit, gleichzeitig aber auch zu den Ländern mit dem niedrigsten BIP pro Kopf und belegt auf dem Human Development Index den Letzen Platz (Stand 2019). Laut dem Statistischen Bundesamtes vom August 2019 ist Frankreich mit ca. 31% der größte Warenexporteur im Niger, das französische Uranförderunternehmen „Orano“ (zuvor „Arewa“), welches im Niger Uran fördert, ist - gemessen an der Förderproduktion - das zweitgrößte Förderunternehmen der Welt.

Frankreich bezieht aus dem Niger ca. 12% seines gesamten Uranbedarfs, trotz allem lebt die Bevölkerung in größter Armut – von fairen Wirtschaftsbeziehungen kann hier also kaum die Rede sein. Und dass vor allem auch, weil Frankreich durch eben jene oben erwähnten „Handelsverträge“, welche nach dem Ende der Kolonialzeit geschlossen wurden, bevorzugten Zugang zu Ressourcen wie dem Uran im Niger hat und dieses günstig erwerben kann. Das macht es für Länder wie den Niger umso schwieriger, unabhängig Handel mit anderen Ländern zu betreiben.



Logo der EU-Ausbildungsmission
EUCAP Sahel Niger

Libyen eben nicht um den Schutz der Menschenrechte ging, sondern der Regime Change sich schnell als erklärtes Hauptziel der Mission herauskristallisierte. Jene Umstände verdeutlichen auch die Dringlichkeit der Absetzung Gaddafis und sind damit eine Erklärung für das entschiedene Vorgehen Frankreichs. Ferner könnten diese Tatsachen eine Erklärung für den doch etwas verwirrenden Umstand sein, dass sich ein so schneller Wandel von der anfangs fast brüderlichen Freundschaft Sarkozys und Gaddafis zu einer französischen Außenpolitik vollzog, in der die Absetzung Gaddafis zum Dreh- und Angelpunkt wurde.

„Sarkozys war“⁴²

Die Interessen der französischen Regierung am Libyen-Konflikt waren allerdings nie nur ökonomischer Art, auch politisch war und ist Libyen für Frankreich von großer Bedeutung. Dabei ging es zu Beginn des Konfliktes vor allem um Prestigegewinn, innen- wie außenpolitisch. Auch Sidney Blumenthal nennt in seiner Mail an Clinton vom 2. April 2011 als einen der Gründe der französischen Regierung, diese Intervention voranzutreiben, „die innere politische Lage in Frankreich zu verbessern.“⁴³ Innenpolitisch war der Einsatz in Libyen für Sarkozy ein Mittel, vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 die Gunst der Wähler*innen zu gewinnen. Indem er militärische und außenpolitische Handlungsfähigkeit beweist, konnte Sarkozy sich als eine starke Führungskraft darstellen, welche es auch vermag, in der internationalen Politik Frankreichs Interessen zu repräsentieren und für diese entschieden einzutreten. Immer wieder wurde von seinen Kritiker*innen bemängelt, Sarkozy habe diese Fähigkeit nicht. Dies wurde zum Beispiel in der für viele ernüchternde Reaktion der Sarkozy-Regierung auf die Ereignisse des Arabischen Frühlings in Ägypten und Tunesien festgemacht. Die Reaktionen auf jene Krisen waren in den Augen vieler Kritiker*innen und Wähler*innen schlichtweg falsch und ein diplomatisches wie politisches Scheitern. Auch in einer Studie des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik heißt es: „Im Mittelpunkt dürfte zunächst der Wille gestanden haben, die eher zweifelhafte Rolle Frankreichs im Rahmen der Revolutionen in Ägypten und vor allem in Tunesien auszubügeln.“⁴⁴ In fast allen politischen Lagern Frankreichs gab es befürwortende Meinungen, wenn es um einen Militäreinsatz gegen Gaddafi ging – nicht zuletzt das wird also ein Grund für Sarkozy gewesen sein, hier im Sinne der politischen Meinung der französischen

Bevölkerung und Politik zu agieren.⁴⁵ Im französischen Magazin „Le Point“ hieß es dazu auch: „Nach dem Ausschluss von Muammar Gaddafi vom Rennen in Libyen ist Nicolas Sarkozys Fähigkeit, die Interessen Frankreichs im Ausland zu verteidigen, um 3 Punkte ([auf] 72%) gestiegen.“⁴⁶ Ein großer Teil der französischen Bevölkerung hatte das Vorgehen Frankreichs in Libyen also scheinbar für gut befunden. Zudem scheint Sarkozy dadurch zumindest kurzzeitig an Ansehen gewonnen zu haben – trotz allem verlor er bei den Präsidentschaftswahlen 2012 gegen François Hollande.

Die Motivation, das vermeintliche Fehlverhalten in Tunesien und Ägypten auszubügeln, ging allerdings weit über die innenpolitische Bedeutung heraus. Vor allem außenpolitisch mag das einer der Gründe gewesen sein, weshalb Frankreich unter Sarkozy es für nötig empfunden hatte, sich so entschieden politisch wie militärisch am Krieg in Libyen zu beteiligen, diesen sogar als einer der zentralen Akteure voranzutreiben. Auch Bernard-Henri Lévy, französischer Philosoph und einer der bekanntesten Befürworter der Intervention in Libyen, meinte auf die Frage, ob Frankreich sein Fehlverhalten in Tunesien durch den Einsatz in Libyen ausradiert hat: „Ausradiert? Nein. Wettgemacht? Ja. Mit diesem Krieg hat Frankreich gezeigt, dass ein großes demokratisches Land die diplomatische Initiative ergreifen kann, um eine Zivilbevölkerung zu retten.“⁴⁷ Damit spricht er aus, dass es beim Einsatz in Libyen eben auch darum ging, zu zeigen, dass Frankreich sehr wohl in der Lage ist, diplomatisch wie militärisch zu handeln – und nicht, wie es in Ägypten oder Tunesien der Fall war, „untätig“ zu bleiben. Die schnelle Handlungsweise und klare Positionierung im Libyen-Konflikt zeigt klar, dass die französische Regierung hier auch unter Beweis stellen wollte, dass sie politische wie militärische Entscheidungskraft besitzt. Zudem hat die französische Regierung durch die Zusammenarbeit mit autoritären Regimen im Zuge ihrer maghrebischen und arabischen Politik einen Scherbenhaufen hinterlassen, durch welchen vor allem das Vertrauen der betroffenen Bevölkerungen in Frankreich als Partner verloren gegangen ist.⁴⁸ Ziel dieses Einsatzes in Libyen mag also auch gewesen sein, nach außen ein klares Zeichen zu senden, Frankreich stehe hinter der Arabischen Revolution und den Menschen, welche diese im gesamten arabischen Raum vorantreiben. Inoffiziell wird das Interesse, dadurch verdeckt den Verlauf der Revolution zumindest in Ansätzen zu kontrollieren, aber sicherlich maßgeblich gewesen sein.

Das Beweisen politischer und diplomatischer Handlungsfähigkeit

Auf politischer Ebene hat Frankreich mit dem Einsatz im Libyen-Krieg gezeigt, dass es gewillt ist, in der internationalen Staatenwelt eine zentrale diplomatische Rolle einzunehmen. Im Weißbuch von 2013 wird aufgeführt, dass Frankreich sich auch als wichtigen Akteur in der globalen Sicherheitspolitik sieht, weil es durch seine ständige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat eine sehr pro-aktive und privilegierte Rolle („position privilegee“) im UN-Krisenmanagement einnimmt.⁴⁹ Dieses Konzept der „position privilegee“ spielt auch in Frankreichs Verhalten im Libyen-Krieg eine große Rolle. Der französische Journalist Frédéric Pons schrieb dazu im rechtsstehenden Wochenblatt „Valeurs actuelles“: „Es war legitim, in Libyen (...) zu intervenieren, um unseren Rang in der Welt zu halten, unseres ständigen Sitzes im Sicherheitsrat würdig zu sein, unseren Status als Regionalmacht im Mittelmeerraum und in Afrika zu bestätigen.“⁵⁰ Es ging Frankreich beim Einsatz in Libyen augenscheinlich also nicht nur darum, sich konkret anders als im Bezug auf Ägypten und Tunesien zu verhalten, sondern viel mehr noch darum, generell die eigene politische und diplomatische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Mit der Beteiligung im Libyen-Krieg war es möglich, zu verdeutlichen, dass auch Frankreich in der Lage ist, in einem solchen Einsatz zumindest diplomatisch eine Führungsrolle zu spielen - und eben nicht nur die USA. Frankreichs Engagement war also auch Mittel zum Zweck eines politischen Prestigegewinns in der internationalen Staatenwelt und insbesondere der arabischen Welt.⁵¹ Des Weiteren wird es zweifelsohne nicht nur um Diplomatie gegangen sein, wenn davon geredet wird, den „Rang in der Welt zu halten“, sondern vor allem auch um militärische Stärke. Das Ziel, durch den Militäreinsatz eine neue internationale Rolle Frankreichs zu definieren sowie die eigene Kriegs- und Diplomatiefähigkeit unter Beweis zu stellen, wird daher immer übergeordnet zu angeblichen „humanitären Interessen“ gewesen sein.

Militärischer Prestigegewinn

Beim Einsatz in Libyen ging es eben auch darum, wie Sarkozy selbst meinte, ein „neues Gleichgewicht der Kräfte“⁵² herzustellen. Dies kann sich auf ein machtpolitisches „Gleichgewicht“ beziehen, umfasst aber sicherlich auch einen größeren militärischen Geltungsanspruch Frankreichs. Militärische Stärke zu beweisen wird ebenfalls in Blumenthals Mail an Clinton als ein ausschlaggebender Grund aufgeführt, welcher Frankreich zur Intervention in Libyen bewegt hat. Dabei ging es darum die Möglichkeit, „dem französischen Militär die Möglichkeit zu bieten, seiner Position in der Welt wieder Geltung zu verschaffen.“⁵³ Schon einige Jahre vor Beginn des Libyen-Konflikts versuchte Frankreich zunehmend, an machtpolitischem Einfluss in Europa wie auch global zu gewinnen. Auf Grund ökonomischer Stärke und geopolitischem Einfluss wird Deutschland schon länger die Rolle der Hegemonialmacht in Europa nachgesagt. Hier ein Gegenpol darzustellen, ist für Frankreich ein immer währendes Interesse. Auch der Sicherheitsexperte des Deutschlandfunks, Rolf Clement, sagte 2011: „Dieser Waffengang diente ihm [Sarkozy] dazu, den Anspruch auf die Führungsrolle Frankreichs in Europa deutlich zu untermauern. Dafür setzt er auch militärische Macht ein.“⁵⁴ „Militärische Macht“, weil dies ein Punkt ist, in welchem Frankreich Deutschland schon länger überlegen ist. Es liegt also nahe, dass Frankreich auch hard power in diesem Konflikt einsetzte, um seinem Machtanspruch Geltung zu verschaffen.

Durch den Libyen-Krieg wollte Frankreich zudem demonstrieren, was für ein starker militärischer Partner es sein kann. Von Frankreich kommen schon lange immer wieder Forderungen nach einem EU-internen Verteidigungsbündnis an Stelle der NATO auf. Mit dem ab 1959 unter Charles de Gaulle schrittweise erfolgten Ausstieg Frankreichs aus den militärischen Strukturen der NATO nahm es über 40 Jahre eine sehr zurückhaltende Rolle in dem Militärbündnis ein und zog sich vor allem aus den Führungsetagen, wo Entscheidungen über Operationen und die NATO-Strategie getroffen werden, stark zurück. Obwohl sich Frankreich bereits Jahre vorher wieder militärisch an NATO-Operationen beteiligte,⁵⁵ kündigte Sarkozy im Jahr 2009 erstmals offiziell an, sein Land wieder in die NATO-Vollmitgliedschaft führen zu wollen.⁵⁶ Ziel war es hierbei auch, die starke US-amerikanische Position in der NATO zu schwächen und jene Europas - unter der Führungskraft Frankreichs - zu stärken. Der Einsatz in Libyen zwei Jahre später kam Frankreich dabei sehr gelegen, um seine neue militärische aber auch politische Rolle in der NATO unter Beweis zu stellen. Des Weiteren war es hier aber auch das Ziel Frankreichs, die europäischen Partner durch den Einsatz in Libyen eventuell davon zu überzeugen, sich für eine Alternative zur NATO zu engagieren - ein EU-Verteidigungsbündnis mit der militärischen Kraft Frankreichs im Mittelpunkt. Gleichzeitig war es Frankreich aber überhaupt nur durch die kurz zuvor geschehene Kehrtwende bezüglich der NATO-Politik möglich, sich in einem solchen Umfang an der Mission in Libyen zu beteiligen, wie das der Fall war. Auch die 2010 verabschiedeten Lancaster-Verträge, welche eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien in Bezug auf ihre Verteidigungs- und Sicherheitspolitik möglich machen, unterliefen 2011 beim Libyen-Einsatz einem „Praxistest“.

Die Demonstration der französischen Militärmacht sollte also auch ein Exempel statuieren, welches deutlich macht, wie Frankreich in Zukunft auch in anderen Konfliktgebieten vorgehen könnte. Im aktuellen Weißbuch Frankreichs von 2013 wird als Zielsetzung betont, die französische Armee müsse in der Lage sein, im Rahmen der NATO und der EU Krisenmanagement-Operationen in gescheiterten Staaten durchzuführen.⁵⁷ Frankreich hat dabei den Anspruch, dies auch zukünftig alleine oder als Führungsnation im Verbund mit anderen Staaten zu tun.⁵⁸

Es wird also klar, welches Selbstverständnis Frankreich von sich selbst als einem der zentralen sicherheitspolitischen Akteure in der internationalen Staatenwelt hat und dass es dieses Selbstverständnis unter anderem durch den Einsatz in Libyen nach außen transportieren wollte. All das eröffnet eine neue Perspektive, nach welcher es Frankreich beim Einsatz in Libyen neben ökonomischen und machtpolitischen Interessen primär darum ging, den französischen Führungsanspruch in Europa und global ganz klar durch militärische Stärke zu signalisieren.

Eine französische Hauptmotivation?

Aus den behandelten Motiven heraus lässt sich im Folgenden leichter nachvollziehen, warum Frankreich sich auf entsprechende Art und Weise im Verlauf des gesamten Libyen-Konflikts, welcher bis dato andauert, verhalten hat und verhält. Es ist dabei schwierig, ein einzelnes konkretes Interesse als Hauptmotivation herauszustellen, weshalb Frankreich die Intervention in Libyen so pro-aktiv vorangetrieben hat. Womöglich können die Motive untereinander aber priorisiert werden und kommen an unterschiedlichen Stellen im Konfliktverlauf unterschiedlich gewichtig zum Tragen. So kann auf jeden Fall gesagt werden, dass es

nicht der Schutz der Menschenrechte war, welcher Frankreich dazu bewegt hat, sich für eine Intervention in Libyen einzusetzen. Dies mag die Version gewesen sein, welche man einfacher der französischen Bevölkerung, der libyschen Bevölkerung und der gesamten internationalen Staatengemeinschaft „verkaufen“ konnte. Die wirklichen Interessen, so kann nun am Ende festgestellt werden, waren und sind aber deutlich komplexer. Sie sind ein Geflecht aus wirtschaftlichen, machtpolitischen und militärischen Interessen, welche teils historisch weit zurückgehen und nur schwer zu durchblicken sind. Im Mittelpunkt stand immer die Absetzung Gaddafis, durch welche man sich im Folgenden erhoffte, eine Regierung in Libyen zu installieren, welche schwächer und dem Westen geneigter ist und durch welche sich französische Wirtschaftsinteressen leichter durchsetzen lassen. Dadurch versuchte der Westen, auf Entwicklungen wie jene des libyschen Erdölmarktes, des CFA-Franc oder auch der Flüchtlingskrise im Sinne der eigenen Interessen Einfluss zu nehmen. Darüber hinaus hatte Frankreich aber auch Interessen am Einsatz in Libyen, welche nur bedingt mit Gaddafi oder dem Land selbst zu tun hatten. So wird der Konflikt in Libyen wohl auch einfach eine willkommene Chance für die französische Regierung gewesen sein, die eigenen Militärfähigkeiten unter Beweis zu stellen und ein Zeichen zu setzen, welche Rolle man in Zukunft in der internationalen Staatengemeinschaft einnehmen möchte. Für Frankreich und weitere westliche Staaten bot sich durch den Einsatz in Libyen zudem die Möglichkeit, die R2P als Handlungsmotivation der internationalen Staatenwelt und als Gewohnheitsrecht weiter zu etablieren.

Insgesamt ist es vielleicht nicht zwingend nötig, eine zentrale französische Motivation festzulegen, aus welcher sich das Verhalten Frankreichs gegründet hat und noch immer gründet. Vielmehr sollte beurteilt werden, inwiefern die zuvor analysierten Motive Frankreichs, die Libyen-Intervention voranzutreiben, plausibel sind und sich auch durch das Verhalten der französischen Regierung nach der Intervention bestätigen lassen. Zudem kann rund neun Jahre nach der Intervention nun auch geschlussfolgert werden, inwieweit es Frankreich gelungen ist, durch sein Verhalten und die Intervention selbst seine eigenen Interessen durchzusetzen.

Frankreichs Verhalten nach dem Tod Gaddafis

Die französische Regierung zeigte sich auch nach dem Tod des Machthabers zunächst weiterhin an der Seite der Rebellen in Libyen. Der damalige Vorsitzende des Nationalen Übergangsrats, Mustafa Abdel Dschalil, sagte am 25. August 2012 bereits: „Wir versprechen, bei der Entwicklung Libyens die Länder zu bevorzugen, die uns geholfen haben. Wir werden dies im Verhältnis zu der Unterstützung tun, die sie uns erwiesen haben.“⁵⁹ Genau auf Grund solcher Bevorzugungen könnte die Regierung Sarkozys eine so entschiedene 180°-Wende in ihrer Außenpolitik vollzogen haben. Waffenlieferungen an die Rebellen, Bomben auf Gaddafis Stellungen, politische Anerkennung des Rebellenrats, all das zahlte sich im Nachhinein zumindest ökonomisch für Frankreich aus. Zwar stürzte die Erdölproduktion in Libyen auf Grund des Bürgerkrieges im Jahr 2011 extrem ab: Noch nie seit 1990 wurde in Libyen so wenig Öl produziert, wie 2011, unmittelbar nach Ausbruch der Arabischen Revolution in Libyen. Von 2010 auf 2011 sank die jährliche Erdölproduktion von 1.652 Barrel auf 479 Barrel Erdöl pro Tag und bis heute wird mit 865 Barrel pro Tag (2017) noch immer weniger Erdöl in Libyen produziert, als vor Beginn der Revolution.⁶⁰ Trotz allem konnte Total seinen Erdöl- und Erdgasabbau in Libyen zumindest von 2016 auf 2018 um den Faktor 4,5 erhöhen.⁶¹ Des Weiteren hat Total seit März

2018 durch den Kauf von Marathon Oil Libya Limited (MOLL), einer Tochtergesellschaft der in den USA ansässigen Marathon Oil Corporation, Zugang zu Reserven von mehr als 500 Millionen Barrel Öläquivalent.⁶² Diese ökonomischen Interessen sind also Teil der Erklärung, weshalb Frankreich sich schon so früh im Libyen-Konflikt an die Seite der Rebellen stellte und dies auch im weiteren Verlauf des Konfliktes wiederholt tat. Die französischen Erdölinteressen schienen und scheinen bis heute eine nicht unwichtige Rolle zu spielen.

Obwohl Frankreich seit Anerkennung des Rebellenrats als Vertreter der libyschen Bevölkerung im März 2011 bis heute offiziell hinter der Regierung der Nationalen Einheit steht, deutet in den letzten Jahren vieles drauf hin, dass die französische Regierung inoffiziell General Haftar unterstützt – sehr zur Irritation vieler Staaten. Haftar pflegt zur französischen Regierung engen Kontakt und wurde bereits mehrmals in Frankreich empfangen, zuletzt im Juli 2019. Im Juli 2017 hatte Frankreich zum Beispiel sowohl den Ministerpräsidenten der Einheitsregierung in Libyen, Fayiz al-Sarradsch, als auch General Khalifa Haftar zu einem gemeinsamen Treffen in Paris eingeladen.⁶³ Auch deutet vieles darauf hin, dass Frankreich zudem ebenso militärisch an der Seite Haftars steht oder diesen zumindest unterstützt. So wurden im Juni 2019 französische Waffen – wenn auch funktionsuntüchtige – in einem militärischen Stützpunkt der Truppen Haftars gefunden, wofür Frankreich keine wirklich plausible Erklärung abgegeben hatte.⁶⁴ Mit einem Helikopter-Absturz im Juli 2016, bei welchem drei französische Soldaten ums Leben kamen, wurden auch die schon länger kursierenden Vorwürfe bestätigt, französische Spezialeinheiten befänden sich auf libyschem Boden.⁶⁵ Dabei gehörte dieser Hubschrauber nicht etwa zur Einheitsregierung unter Fayiz al-Sarradsch, sondern zur Libyschen Nationalarmee, welche dem Kommando von General Haftar untersteht.⁶⁶ Des Weiteren wurde in einem von der UN veröffentlichten Bericht im Mai 2020 bekannt gemacht, dass in Libyen eine „Geheimmission privater Einsatzkräfte im Gange“ sei, an welcher angeblich auch Frankreich beteiligt wäre. Das Ziel dieses sogenannten „Projekt Opus“ sei es angeblich, Waffenlieferungen der Türkei an Regierungschef Fayiz al-Sarradsch zu stoppen – und damit automatisch auch General Haftar zu unterstützen.⁶⁷

Es deutet also sehr viel auf eine inoffizielle Zusammenarbeit von General Haftar und Frankreich hin. Dies könnte nun daher rühren, dass Haftar inzwischen alle relevanten Öl-Export-Häfen und die großen Ölfelder im Osten Libyens besetzt hält. Somit hat er die Macht, einen großen Teil der Ölexporte des Landes zu kontrollieren und zu regulieren. Auch hier könnte Frankreich, zumindest in Teilen, wieder von Wirtschaftsinteressen geleitet agieren. Zudem sorgt Haftar durchaus für einen gewissen Grad an „Stabilität“ in Teilen Libyens. Er dringt auch im Süden des Landes immer weiter vor, wobei die Südgrenze Libyens für Frankreich von besonders großer Bedeutung ist. Frankreich hat auch in den angrenzenden Staaten Tschad, Niger und Mali große wirtschaftliche, militärische und politische Interessen. Ein „starker Mann“, welcher Kontrolle über jenen Süden Libyens hat, kann also von großem Vorteil für Frankreich sein.

Diese französische Unterstützung Haftars, auf die in den letzten Jahren immer mehr hindeutet, zeigt also sehr deutlich, dass Frankreich auch nachhaltig Interesse an Libyen hat und auf Grund dessen seinen politischen und militärischen Einfluss auf das Land aufrecht hält. Ebendiese Interessen könnten auch erklären, weshalb Frankreich seine Außenpolitik im Bezug auf Libyen so oft änderte und immer wieder auf andere Machthaber setzte.

Einflussnahme durch französische Waffen in Libyen nach der Intervention

Neben den politischen Bemühungen und der militärischen Unterstützung konkreter Akteure im Libyen-Konflikt, nimmt Frankreich auch Jahre nach dem Militär-Einsatz noch durch zahlreiche Waffenlieferungen nach Libyen und an Länder, welche am fortwährenden Konflikt in Libyen beteiligt sind, Einfluss auf den Konfliktverlauf. Dies geschieht, obwohl es nach geltenden EU-Rüstungsexportrichtlinien unter anderem verboten ist, Waffen in Länder zu exportieren, in welchen Bürgerkrieg herrscht oder in Regionen, in welchen die Stabilität gefährdet ist.⁶⁸

Schon vor Ausbruch des Konfliktes lieferte Frankreich umfangreich Waffen nach Libyen. So genehmigte die französische Regierung von 2005 bis 2009 Waffenexporte nach Libyen im Wert von 210 Millionen Euro und erzielte dadurch hohe Profite für die französische Rüstungsindustrie.⁶⁹ Jene Waffenlieferungen wurden trotz Ausbruch des Konfliktes weitergeführt.

Die französische Regierung lieferte im Jahr 2018 im Wert von 295 Millionen Euro Feuerkontrollsysteme und Technologien für z.B. die Entwicklung von Waffen an Libyen⁷⁰, was zwar kein direkter Verstoß gegen das verhängte Waffenembargo war, trotzdem aber dazu beigetragen hat, dass die Konflikte in Libyen fortgeführt werden können.

Neben den direkten Lieferungen französischer Waffen bzw. Feuerkontrollsysteme nach Libyen, gelangen jene aber auch immer wieder indirekt in das Land, weil jene Länder, welche von Frankreich mit Waffen beliefert werden, diese wiederum nach Libyen liefern. Dabei unterstützen die Länder, an welche Frankreich – und im Übrigen auch andere europäische Länder – Waffen liefern, unterschiedliche Konfliktparteien.

Frankreich ist drittgrößter Waffenexporteur der Welt und, so veröffentlichte das Stockholmer SIPRI im März 2020 in einem Bericht, französische Waffenexporte an den Mittleren Osten waren im Zeitraum 2015-2019 um 363 Prozentpunkte höher als im Zeitraum von 2010-2014. Dabei ist Ägypten das Land, an welches von 2015 bis 2019 der mit Abstand größte Teil fran-

zösischer Waffen exportiert wird (26%), womit Frankreich im selben Zeitraum gleichzeitig auch der Hauptlieferant für Waffen in Ägypten war.⁷¹ Im Zuge der Recherche „#FrenchArms“ des niederländischen Investigativprojekts „Lighthouse Reports“, zusammen mit „Disclose“, „ARTE“, „Mediapart“ und „Radio-France“ wurde bekannt, dass im Jahr 2015 von Frankreich und Ägypten Verträge über Rüstungslieferungen im Wert von sechs Milliarden Euro unterzeichnet wurden. Offiziell heißt es seitens der französischen Regierung, Ägypten sei ein Land, welches für „Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten [...] von entscheidender Bedeutung“⁷² ist. Die französischen Waffen sollen scheinbar ausschließlich zur Sicherung der libysch-ägyptischen Grenze und im Kampf gegen islamistischen Terror verwendet werden. Tatsächlich existieren aber eindeutige Dokumentationen darüber, dass jene französischen Waffen von Ägypten auch zum gezielten Einsatz gegen zivile Ziele in Libyen verwendet wurden.⁷³ 2015 verkaufte Frankreich 24 Rafale-Kampffjets an Ägypten, von welchen laut jener Recherche „eines dieser Flugzeuge mindestens einen Angriff auf Zivilgebäude in Libyen geflogen hat.“⁷⁴

Neben Ägypten ist Frankreich auch der zweitgrößte Waffenlieferant der Vereinigten Arabischen Emirate, welche 2015 bis 2019 11% ihrer Waffen von Frankreich bezogen. Die VAE sind, wie auch Ägypten, am Krieg in Libyen militärisch beteiligt, beide kämpfen an der Seite Haftars und beliefern diesen mit Waffen und Ausrüstung.⁷⁵ Vor allem die VAE fallen immer wieder auf, trotz des in Paragraph 9 der UN-Resolution 1970 verhängten Waffenembargos, General Haftar mit militärischer Ausrüstung zu beliefern. In einem Bericht des Sicherheitsrats vom 9. Dezember 2019 heißt es dazu: „Die Mehrheit der [Waffen-] Transfers an Khalifa Haftar wurde entweder von Jordanien oder den Vereinten Arabischen Emiraten getätigt. Die Expertenkommission befindet Jordanien, die Vereinten Arabischen Emirate und Haftar der wiederholten Nichteinhaltung des Paragraphen 9 der Resolution 1970.“⁷⁶ Weiter werden in dem Bericht mehrere Verstöße der Vereinten Arabischen Emirate gegen das verhängte Waffenembargo aufgeführt. Frankreich muss also damit rechnen, dass französische Waffen bei den Kämpfen in Libyen einge-



Rafale-Kampffjet. Quelle: Tim Felce (Airwolfhound) / CC BY-SA

setzt werden, auch wenn sie nicht auf direktem Wege in das Land gelangen. Im „Prif Blog“ des Peace Research Institute Frankfurt und des Leibniz-Instituts der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung heißt es dazu auch: „Neben Rüstungsexporten an die VAE bergen auch Rüstungsexporte an Ägypten und Jordanien das Risiko, von den ursprünglichen Empfängerstaaten umgeleitet und nach Libyen verbracht zu werden.“⁷⁷ Auch damit verstößt Frankreich gegen die EU-Rüstungsexportrichtlinien, nach welchen unter anderem gewährleistet werden muss, dass gelieferte Waffen nicht an Länder oder Gruppen weitergeleitet werden, welche als problematisch erachtet werden⁷⁸ – dies trifft auf General Haftar in jedem Falle zu.

Aus den Waffenlieferungen, welche Frankreich an Ägypten und die VAE liefert, ist trotz allem keine klare Unterstützung Haftars ersichtlich. Denn neben Waffenlieferung an Länder, welchen diesen militärisch und politisch unterstützen, exportiert die französische Regierung zum Beispiel auch Waffen an Katar. Frankreich ist auch hier zweitgrößter Waffenlieferant - 14% der französischen Waffenexporte gehen von 2015 bis 2019 an Katar.⁷⁹ Katar wiederum unterstützt die international anerkannte Regierung in Tripolis im Konflikt in Libyen.

Es ist also sehr undurchsichtig, ob, in welchem Maße und von welcher Konfliktpartei in Libyen französische Waffen eingesetzt werden, tatsächlich landen diese sowohl bei der Libysch-nationalen Armee als auch bei der Armee von Fayiz al-Sarradsch. Trotzdem muss festgestellt werden, dass jene Waffenlieferungen unter Umständen dazu führen, dass der Krieg in Libyen militärisch fortgeführt werden kann, was die französische Regierung in den letzten Jahren augenscheinlich für unbedenklich hält. Außerdem gehen die Staaten, an welche Frankreich Waffen liefert, nicht nur gegen Zivilist*innen im Libyen-Konflikt vor, sie fallen auch immer wieder durch massive Menschenrechtsverletzungen in ihren eigenen Ländern auf. Auch hier ist Frankreich nach EU-Waffenexportrichtlinien in der Pflicht, keine Waffen an Länder zu liefern, welche Menschenrechte verletzen.⁸⁰ Frankreich hat in den letzten Jahren also Milliardenumsätze mit seinen Waffenexporten in den Mittleren Osten gemacht und von den dortigen Konflikten sogar wirtschaftlich profitiert. Fest steht jedoch: Ein angeblicher Einsatz für Frieden und eine Verbesserung der humanitären Situation lässt sich aus dem Verhalten Frankreichs im Libyen-Konflikt auch an dieser Stelle nicht ableiten.

Fazit: Die „erfolgreiche“ Mission

Der ehemalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen betitelte den Einsatz in Libyen als „wohl eine der erfolgreichsten Missionen in der Geschichte der NATO.“⁸¹ Diese Behauptung ist geradezu zynisch wenn man betrachtet, wie sich die Menschenrechtslage in Libyen über die letzten Jahre hinweg verschlechtert hat, nicht zuletzt auch durch die NATO-Intervention. Trotzdem, nach Kriterien des Westens und der Befürworter der Intervention kann diese in Teilen als „Erfolg“ eingeordnet werden. Es wurde zum ersten Mal eine Intervention durchgeführt, welche aus der responsibility to protect hinaus begründet wurde und die Menschenrechte in Libyen - gemessen an dem Maßstab, dass Gaddafi gestürzt wurde - vermeintlich „erfolgreich“ geschützt hat. Die Intervention in Libyen wurde damit aus Sicht vieler westlicher Staaten und Teilen der UN zum Präzedenzfall der Anwendung der responsibility to protect, wobei sie für zahlreiche Kritiker*innen viel mehr eine Intervention war, bei welcher ein UN-Mandat zu Gunsten der eigenen Interessen missbraucht wurde. Der Präzedenzfall einer erfolgreichen Intervention auf Grund des R2P konnte allerdings nur augenscheinlich geschaffen

werden, die R2P konnte auch durch die Intervention in Libyen keineswegs als Gewohnheitsrecht etabliert werden.

Auch aus französischer Sicht kann Rasmussens Aussage nur in Teilen bekräftigt werden. Das eigens erklärte offizielle Hauptziel der Mission, der Sturz Gaddafis, ist gelungen. Damit hat man vermeintlich auch das erreicht, was immer als moralische Grundlage diente, den Krieg gegen Gaddafi zu legitimieren: Man hat jenes vermeintliche „Blutbad“ verhindert und hat das libysche Volk von einem autoritären Regime befreit. Dass Libyen seit 2011 im Bürgerkrieg versinkt, fortwährend Menschenrechtsverletzungen vorfallen und die humanitäre Lage dort verheerend ist, scheint dabei nebensächlich zu sein. Denn, und das waren inoffiziell die viel gewichtigeren Gründe, in Libyen militärisch zu intervenieren, es konnten vor allem die oben genannten ökonomischen Interessen Frankreichs gesichert werden. Aus ökonomischer Sicht konnte man sich vielleicht weniger durch die Intervention selbst, aber auf jeden Fall durch das Verhalten im weiteren Konfliktverlauf in den letzten Jahren den Zugang zu libyschem Erdöl sichern. Die intensive Unterstützung der Rebellen bzw. später des Rebellenrates im Jahr 2011, die nun schon länger andauernde inoffizielle Zusammenarbeit mit Haftar und der Fakt, dass sich der französische Erdölkonzern Total stetig mehr Marktanteile am libyschen Erdölsektor sichert, machen klar, dass Frankreich auch zukünftig großes wirtschaftliches Interesse an Libyen hat. Zudem konnte durch die Intervention selbst eine grundlegende Reform der CFA-Franc-Zone – zumindest eine, welche nachhaltig wirksam wäre – zunächst einmal verhindert werden. Dies bedeutet für Frankreich zum einen eine weitreichende ökonomische Kontrolle auf dem afrikanischen Kontinent zu haben, zum anderen bleibt so aber vor allem auch der machtpolitische, neokolonialistische Einfluss der französischen Regierung in Zentral- und Westafrika erhalten.

Machtpolitische Größe wurde allerdings nur sehr bedingt durch die französische Kriegsbeteiligung und Diplomatiefähigkeit bewiesen. Militärisch wäre die Intervention in Libyen ohne die materielle, personelle und vor allem finanzielle Unterstützung der USA in jener Form, wie sie erfolgte, nicht möglich gewesen. Die Vorstellung, welche Frankreich haben mag, militärische Einsätze dieser Art in Zukunft alleine oder als Führungsnation durchzuführen, ist also schlichtweg illusorisch. Frankreich mag sich durch jene Intervention vielleicht als fähiger Partner, welcher in der Lage ist, sich auch militärisch an einer Krise außerhalb Europas zu beteiligen, bewiesen haben, die Führungskraft des französischen Militärs wurde in Libyen allerdings nicht erfolgreich unter Beweis gestellt. Dies wird auch durch den Umstand bestätigt, dass im aktuellen Weißbuch Frankreichs von 2013 der Schluss aus der Intervention in Libyen gezogen wurde, dass Frankreich bei jenem Einsatz massiv von US-amerikanischer Unterstützung abhängig war. Man folgert daraus, Frankreich sei zu Einsätzen in anderen Staaten finanziell wie militärisch alleine nicht in der Lage, zudem auf Grund der schwierigen finanziellen Lage wird von konkret auch von nötigen Einschnitten bei den Streitkräften gesprochen.⁸² Gleichzeitig hält Frankreich paradoxer Weise allerdings weiter an seinem Anspruch fest, durch seine Außen- wie Sicherheitspolitik zentraler Akteur der internationalen Beziehungen zu bleiben und dies auch militärisch zu verdeutlichen.⁸³ Es ist außerdem bei weitem nicht gelungen, in Libyen einen gesamt-europäischen Militär-Einsatz voranzutreiben und die europäische hard power so dem Praxistest zu unterziehen. Vielmehr ging aus dem Konflikt hervor, dass EU-Europa diplomatische Fähigkeiten haben mag, die Kohärenz zwischen den Mitgliedsstaaten, wenn es darum geht, wann und wie Kräfte im Bereich der hard power eingesetzt werden sollen, allerdings nicht gegeben ist. Auch wurde durch den Libyen-Konflikt erneut

aufgezeigt, wie unterschiedlich die Interessen der europäischen Staaten in Regionen wie dem Nahen Osten und Nordafrika sind, dementsprechend unterscheiden sich auch die aus den Interessen resultierenden Handlungsweisen - ob militärisch oder diplomatisch - der jeweiligen Staaten bei Konflikten in diesen Regionen stark. In diesem Zusammenhang rückt daher auch die Realisation eines europäischen Verteidigungsbündnisses, welches tatsächlich handlungsfähig wäre, wie dies im Sinne Frankreichs ist, weiter in die Ferne.

Geht man von den Interessen Frankreichs und des Westens weg, war die Mission in Libyen alles andere als „erfolgreich“. Insgesamt wird von 10.000 bis 50.000 Opfern des Krieges gesprochen, die Schätzungen unterscheiden sich hier stark. Human Rights Watch berichtete von 72 zivilen Opfern, welche allein durch den NATO-Einsatz ums Leben gekommen sind.⁸⁴ Zudem wurde durch den Krieg in Libyen zahlreiche Infrastruktur zerstört, dabei vor allem Schulen, das Gesundheitswesen und die Wirtschaft, wobei dies alles teilweise bis heute nicht wieder aufgebaut ist, unter anderem auch, weil zivile Einrichtungen in den Kampfregionen immer wieder angegriffen und zerstört werden. Vor allem aber hat der Krieg und die Absetzung Gaddafis durch seinen Tod ein Machtvakuum hinterlassen, welches dazu führte, dass in den vergangenen neun Jahren verschiedenste Akteure versuchten, gewaltsam politische Autorität in Libyen zu erlangen – seitdem befindet sich das Land im Bürgerkrieg. Die Einheitsregierung unter Fayiz al-Sarradsch, welche auch von der internationalen Staatenwelt anerkannt ist, hat in Libyen selbst nur über eine vergleichsweise kleine Region im Nordwesten des Landes die politische Macht. Gegenspieler dieser Regierung ist General Khalifa Haftar, welcher die Legitimität der Einheitsregierung nicht anerkennt und aktuell vor allem den Nordosten des Landes besetzt hält. Zwischen den Streitkräften gibt es schon seit Jahren Kampfhandlungen, welche weiterhin andauern und für Instabilität und Unsicherheit in Libyen sorgen. Beide Parteien setzten bei den Kämpfen auf einen Zermürbungskrieg, bei welchem sie auf eine militärische Niederlage der jeweils anderen Partei hoffen. Momentan (Juli 2020) befinden sich die Akteure in einer Pattsituation, ein Ende des Krieges oder gar ein

diplomatischer Prozess ist nicht absehbar. Unter anderem auch, weil beide Parteien weiterhin finanziell und in Form von Waffen durch andere regionale sowie internationale Akteure unterstützt werden. So gelangen trotz des Waffenembargos immer wieder Waffen nach Libyen - darunter auch europäische – welche unter anderem vor allem durch Ägypten und die VAE an Libyen geliefert werden.

Folgen des anhaltenden Krieges sind die Vertreibung hunderttausender Menschen aus ihrer Heimat und eine äußerst kritische humanitäre wie Menschenrechtslage in Libyen. Nach Angaben der UN gibt es in Libyen aktuell rund 350.000 Binnenflüchtlinge, welche durch den Bürgerkrieg zur Flucht innerhalb Libyens gezwungen sind. Zudem benötigen etwa 820.000 Menschen in Libyen humanitäre Hilfe, darunter 248.000 Kinder. Die Hälfte dieser Menschen sind Flüchtlinge aus anderen Staaten Afrikas, welche Libyen als Transitland nutzen, um von dort über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Die humanitäre Lage in den Flüchtlingslagern ist katastrophal, es fehlt an Lebensmitteln, Wasser, Sanitäranlagen und gesundheitlicher Versorgung. Die libysche Küstenwache fängt viele der Boote, welche nach Europa wollen, im Mittelmeer ab und bringt die Menschen in Internierungslager. Momentan sollen in diesen rund 3.000 Menschen inhaftiert sein, wobei sie in den Lagern massiven Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Immer wieder gibt es Berichte, in welchen von Folter, Vergewaltigungen, Misshandlungen und Exekutionen die Rede ist.⁸⁵ Europa unterstützt die libysche Küstenwache finanziell und bildet sie aus, eine Beendigung dieser Zusammenarbeit ist aktuell - trotz der wiederholten Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen - nicht geplant.

Vor dem Hintergrund dessen kann man nur schließen: Französische und westliche Interessen konnten durch die Militär-Intervention teils gewahrt werden, am Vorwand, weshalb man diese Mission angeblich durchführte, ist man allerdings gescheitert. Die Intervention in Libyen war also eine einzige Tragödie, wenn man nach rund neun Jahren später betrachtet, wie verheerend sich die Menschenrechtslage in Libyen entwickelt hat. Hier ernsthaft von einem „erfolgreichen“ NATO-Einsatz zu reden ist nicht nur zynisch, sondern auch schlichtweg falsch.

Anmerkungen

- 1 Wolfram, Lacher: Libyen, [Bundeszentrale für politische Bildung](#), 18.12.2017
- 2 Wie Gaddafi seine Macht verlor, [Tagesschau](#), 20.11.2011
- 3 Koepf, Tobias: Die schwierige Rückkehr zu privilegierten Beziehungen: Frankreichs Libyen-Politik nachdem Sturz Khadafis, [Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.](#), Juni 2012
- 4 Sarkozy erkennt Rebellenrat als rechtmäßigen Vertreter Libyens an, [Zeit Online](#), 10.03.2011
- 5 Koepf, Tobias: Die schwierige Rückkehr zu privilegierten Beziehungen: Frankreichs Libyen-Politik nach dem Sturz Khadafis, [Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.](#), Juni 2012
- 6 Grand, Camille: The French Experience: Sarkozy's War?, in: Mueller, Karl P.: Precision and Purpose: Airpower in the Libyan Civil War, 2015
- 7 Mellenthin, Knut: Einladung zum Angriffskrieg, [junge Welt](#), 23.03.2011
- 8 Grand, Camille: The French Experience: Sarkozy's War?, in: Mueller, Karl P.: Precision and Purpose: Airpower in the Libyan Civil War, 2015, S. 194
- 9 Grand, Camille: The French Experience: Sarkozy's War?, in: Mueller, Karl P.: Precision and Purpose: Airpower in the Libyan Civil War, 2015, S. 194
- 10 Grand, Camille: The French Experience: Sarkozy's War?, in: Mueller, Karl P.: Precision and Purpose: Airpower in the Libyan Civil War, 2015, S. 191
- 11 Koepf, Tobias: Die schwierige Rückkehr zu privilegierten Beziehungen: Frankreichs Libyen-Politik nach dem Sturz Khadafis, [Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.](#), Juni 2015
- 12 Grand, Camille: The French Experience: Sarkozy's War?, in: Mueller, Karl P.: Precision and Purpose: Airpower in the Libyan Civil War, 2015, S. 191
- 13 Gates, Robert M.: The Security and Defense Agenda (Future of NATO), [U.S. Department of Defense](#), 10.06.2011
- 14 Dr. Kempin, Ronja: Frankreichs Streitkräfte zwischen internationalem Gestaltungsanspruch und Budgetzwängen, [Hanns-Speidel-Stiftung](#)
- 15 Gélie, Philippe: La France a parachuté des armes aux rebelles libyens, [Le Figaro](#), 22.06.2011
- 16 Paech, Norman: Libyen und das Völkerrecht, in: Becker, Johannes (Hg.): Der Libyen-Krieg: das Öl und die „Verantwortung zu schützen“, S.75
- 17 Paech, Norman: Libyen und das Völkerrecht, in: Becker, Johannes (Hg.): Der Libyen-Krieg: das Öl und die „Verantwortung zu schützen“, S.75
- 18 Noll, Andreas: Libyen-Krieg als Rachezug Sarkozys?, [Deutsche Welle](#), 22.03.2018
- 19 Amnesty Report: Libyen 2012, [Amnesty International](#), 03.05.2012
- 20 Kuperman, Alan: A Model Humanitarian Intervention?, [International Security](#), 2013, S. 109
- 21 Kuperman, Alan: Lessons from Libya: How Not to Intervene, [Belfer Center for Science and International Affairs / Harvard Kennedy School](#), September 2013
- 22 Wagner, Jürgen: Die Clinton-Mails und der Libyen-Krieg, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), April 2016
- 23 Paech, Norman: Libyen und das Völkerrecht, in: Becker, Johannes (Hg.): Der Libyen-Krieg: das Öl und die „Verantwortung zu schützen“, S.73
- 24 „Kadhafi doit partir“, [Le Figaro](#), 14.4.2011.
- 25 Wagner, Jürgen: Die Clinton-Mails und der Libyen-Krieg, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), April 2016
- 26 Where does Libya export Crude Petroleum to (2018)?, [OEC](#)
- 27 Hohmann, M.: Verteilung der Erdölimporte der Europäischen Union nach Herkunftsland im Jahr 2019, [Statista](#), 08.06.2020
- 28 Libya: Agreement Between NOC and Total Endorsing the Group's Entry into the Waha Concessions, [Total](#), 10.12.2019
- 29 Wagner, Jürgen: Warum die NATO Libyen zerstört und die Region destabilisiert hat, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), 20.06.2016
- 30 Stahnke, Jochen: Alle wollen Libyens Öl, [Zeit Online](#), 26.02.2008
- 31 Wagner, Jürgen: Warum die NATO Libyen zerstört und die Region destabilisiert hat, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), 20.06.2016
- 32 Sylla, Ndongo Samba: Confronting monetary imperialism in Francophone Africa, [Africa is a Country](#), 24.07.2019
- 33 Sylla, Ndongo Samba: Confronting monetary imperialism in Francophone Africa, [Africa is a Country](#), 24.07.2019
- 34 Sylla, Ndongo Samba: Confronting monetary imperialism in Francophone Africa, [Africa is a Country](#), 24.07.2019
- 35 Sylla, Ndongo Samba: Confronting monetary imperialism in Francophone Africa, [Africa is a Country](#), 24.07.2019
- 36 Mbaye, Sanou: Währung ohne Zukunft, [Le Monde diplomatique](#), 13.11.2014
- 37 Mbaye, Sanou: Währung ohne Zukunft, [Le Monde diplomatique](#), 13.11.2014
- 38 Schmiege, Evita: Der Franc CFA in Westafrika ist abgeschafft – Was bedeutet die Währungsumstellung für die Region?, [Stiftung Wissenschaft und Politik / Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit](#), 26.06.2020
- 39 Wagner, Jürgen: Warum die NATO Libyen zerstört und die Region destabilisiert hat, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), 20.06.2016
- 40 Wagner, Jürgen: Warum die NATO Libyen zerstört und die Region destabilisiert hat, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), 20.06.2016
- 41 Wagner, Jürgen: Warum die NATO Libyen zerstört und die Region destabilisiert hat, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), 20.06.2016
- 42 „Sarkozys war“ spielt auf das 2010 erschienene Buch „Obama's Wars“ von Bob Woodward an, welches die Bemühen des Präsidenten in Afghanistan und Pakistan thematisiert (vgl. Grand, Camille: The French Experience: Sarkozy's War?, (in: Mueller, Karl P.: Precision and Purpose: Airpower in the Libyan Civil War, 2015, S. 183)
- 43 Wagner, Jürgen: Warum die NATO Libyen zerstört und die Region destabilisiert hat, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), 20.06.2016
- 44 Koepf, Tobias: Die schwierige Rückkehr zu privilegierten Beziehungen: Frankreichs Libyen-Politik nachdem Sturz Khadafis, [Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.](#), Juni 2012
- 45 Von Randow, Gero: Der geschickte Monsieur Sarkozy, [Zeit Online](#), 10.03.2011
- 46 Sondage : la cote de popularité de Sarkozy remonte, [Le Point](#), 06.09.2011
- 47 Von Randow, Gero: „Das Böse bleibt“, [Zeit Online](#), 03.11.2011
- 48 Von Randow, Gero: Der geschickte Monsieur Sarkozy, [Zeit Online](#), 10.03.2011
- 49 Sommer, Gert; Becker, Johannes: Einleitung, in: Becker, Johannes (Hg.): Der Libyen-Krieg: das Öl und die „Verantwortung zu schützen“, S.15
- 50 Von Randow, Gero: Im Jahr des Hahns, [Zeit Online](#), 09.06.2011
- 51 Koepf, Tobias: Die schwierige Rückkehr zu privilegierten Bezie-

- hungen: Frankreichs Libyen-Politik nach dem Sturz Khadafis, [Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.](#), Juni 2012
- 52 Cremer, Uli: Deutschland, Frankreich und der Libyen-Krieg in: Becker, Johannes (Hg.): Der Libyen-Krieg: das Öl und die „Verantwortung zu schützen“, S.137
- 53 Wagner, Jürgen: Warum die NATO Libyen zerstört und die Region destabilisiert hat, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), 20.06.2016
- 54 Cremer, Uli: Deutschland, Frankreich und der Libyen-Krieg in: Becker, Johannes (Hg.): Der Libyen-Krieg: das Öl und die „Verantwortung zu schützen“, S.141
- 55 Wiegel, Michaela: „Abschied von unserer Selbstgefälligkeit“, [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#), 12.03.2009
- 56 Frankreich wird wieder volles NATO-Mitglied, [Deutsche Welle](#), 03.11.2009
- 57 Frankreichs neue Strategie: Das Weissbuch 2013, [Center for Security Studies / ETH Zürich](#), September 2013
- 58 Frankreichs neue Strategie: Das Weissbuch 2013, [Center for Security Studies / ETH Zürich](#), September 2013
- 59 Hassel, Florian: Der Kampf um die größten Ölvorräte Afrikas beginnt, [Welt](#), 01.09.2011
- 60 Libyen-Krise lässt die Ölpreise steigen, [Deutsche Welle](#), 09.04.2019
- 61 Putin, Pompeo, Erdogan – diese Interessen haben die Mächtigen im Libyen-Konflikt, [Handelsblatt](#), 19.01.2020
- 62 Libya: Agreement Between NOC and Total Endorsing the Group's Entry into the Waha Concessions, [Total](#), 10.12.2019
- 63 Ehl, David: Europas Schlingerkurs zur Zukunft Libyens, [Deutsche Welle](#), 22.04.2019
- 64 Französische Waffen im Lager von Warlord Khalifa Haftar aufgetaucht, [Spiegel](#), 10.07.2019
- 65 Gutsche, Angelika: Ein Hubschrauberabsturz und viele Fragen, [der Freitag](#), 21.07.2016
- 66 Frencharms: Ein Explosives Geschäft, [arte](#), 2015
- 67 UN enttarnen Geheimprojekt in Libyen, [Tagesschau](#), 25.05.2020
- 68 Wagner, Jürgen: EEuropas Rüstungsexportoffensive, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), Juni 2013
- 69 Ruf, Werner: Warum musste Gaddafi sterben?, [Rubikon](#), 21.05.2017
- 70 EU arms report 2018, Council of the European Union, 21.11.2019
- 71 Trend in International Arms Transfers 2019, [Stockholm International Peace Research Institute](#), März 2020
- 72 Ägypten: Kriegsverbrechen mit französischer Ausrüstung, [arte](#), 20.09.2019
- 73 Ägypten: Kriegsverbrechen mit französischer Ausrüstung, [arte](#), 20.09.2019
- 74 Ägypten: Kriegsverbrechen mit französischer Ausrüstung, [arte](#), 20.09.2019
- 75 Trend in International Arms Transfers 2019, [Stockholm International Peace Research Institute](#), März 2020
- 76 Final report of the Panel of Experts on Libya established pursuant to Security Council resolution 1973 (2011), [United Nations Security Council](#), 09.12.2019, S. 20
- 77 Trend in International Arms Transfers 2019, [Stockholm International Peace Research Institute](#), März 2020
- 78 Wagner, Jürgen: EEuropas Rüstungsexportoffensive, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), Juni 2013
- 79 Trend in International Arms Transfers 2019, [Stockholm International Peace Research Institute](#), März 2020
- 80 Wagner, Jürgen: EEuropas Rüstungsexportoffensive, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), Juni 2013
- 81 Sicherheitsrat beendet Militäreinsatz in Libyen, [Der Tagesspiegel](#), 27.10.2011
- 82 Frankreichs neue Strategie: Das Weissbuch 2013, [Center for Security Studies / ETH Zürich](#), September 2013 Zürich
- 83 Dr. Kempin, Ronja: Frankreichs Streitkräfte zwischen internationalem Gestaltungsanspruch und Budgetzwängen, [Hanns-Speidel-Stiftung](#)
- 84 NATO: Investigate Civilian Deaths in Libya, [Human Rights Watch](#), 14.05.2012
- 85 Flüchtlinge in Libyen, [UNO Flüchtlingshilfe](#)

Spendenaufruf

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornsteden in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Informationsstelle Militarisation (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militarierungsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten. Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:
www.imi-online.de/mitglied-werden

Jede Form der Unterstützung ist sehr willkommen!



Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.**
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

